

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

19.10.2023

Inhalt

EWN

1 Grüne wollen Kernkraftwerks-Block in Lubmin zum Denkmal machen <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 19.10.2023</i>	3
2 Sinnvoller Vorschlag <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 19.10.2023</i>	5
3 Ökostrom aus polnischer Kohle und französischer Kernkraft <i>energynewsmagazine.at, 18.10.2023</i>	7
4 Netzbetreiber: Gasreserven in Europa erreichen den höchsten Stand in der Geschichte <i>Berliner-Zeitung.de, 18.10.2023</i>	8

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 19.10.2023 | S. 17

📄 Auflage: 9.226 | Reichweite: 32.295

👤 Martina Rathke

ATOMKRAFT? - JA, BITTE!

Grüne wollen Kernkraftwerks-Block in Lubmin zum Denkmal machen

Anlage ging nie in Betrieb, ist aber vollständig mit Technik ausgestattet / Ökopartei plädiert für Bildungsort

„Atomkraft - Nein danke!": Mit diesem Slogan trieben die Grünen vehement den umstrittenen Ausstieg Deutschlands aus der Atomkraft voran. Nun macht die Ökopartei in Vorpommern eine Kehrtwende: Atomkraft ja - zumindest als Denkmal. Die Grünen wollen „die Erhaltung eines Teils des AKW Lubmin“, so steht es in einem Beschluss des Kreisverbandes. „Dies kann zum Beispiel durch eine Einstufung wesentlicher Teile des AKW als Industriedenkmal und eine Umplanung beim Rückbauprozess des AKW erfolgen“, sagt Parteimitglied Tom Lichtenthaeler.

Der Block sechs des stillgelegten und immer noch im Rückbau befindlichen DDR-Atommeilers war 1990 fertiggestellt, aber in den Wendewirren nicht mehr mit Brennelementen beladen worden. Das Atomkraftwerk russischer Bauart wurde noch im selben Jahr wegen vermeintlicher Sicherheitsbedenken vom Netz genommen. Im Jahr 1995 begann der Rückbau. Mit ihrem Vorstoß wollen die Grünen verhindern, dass Abrißbagger auch diesem Block zu Leibe rücken. Stattdessen solle ein Bildungs- und Erinnerungsort entstehen, entwickelt von einer „neutralen Instanz“, welche alle Seiten der Atomnutzung beleuchte. Gründe für den Einstieg wie auch den Ausstieg sollten im Fokus

stehen, ebenso die Rolle der Anti-AKW-Bewegung, so Lichtenthaeler. Die **EWN** GmbH als Rechtsnachfolger des Meilers bietet Interessierten seit Jahren Führungen durch den ungenutzten und mit alter Atomtechnik ausgerüsteten Block an. „Wir begrüßen den Vorschlag, technikhistorisch prominente Einrichtungen und Anlagen auch zukünftig der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen“ so ein **EWN**-Sprecher. Die Einrichtung dauerhafter „Denkmäler“ liege aber außerhalb der Zuständigkeit und Finanzierungskompetenz der **EWN**.

Dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege liegt bereits ein Antrag zur Einstufung als Industriedenkmal vor. Die Bearbeitung eines solch großen Objekts bedürfe einer intensiven Recherche und umfangreichen Prüfung, hieß es aus der Behörde. Deshalb könnten zum zeitlichen Horizont keine Angaben getroffen werden.

Dem Denkmalschutzgesetz zufolge gilt ein Bauwerk dann als Denkmal, wenn an seiner Erhaltung ein öffentliches Interesse besteht oder wenn es „bedeutend für die Geschichte des Menschen, für Städte und Siedlungen oder für die Entwicklung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist“.



Bildunterschrift: *Das stillgelegte Atomkraftwerk in Lubmin. Die Grünen in Vorpommern wollen den Block sechs zu einem Industriedenkmal und Bildungsort machen.*

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 19.10.2023 | S. 5

📄 Auflage: 9.226 | Reichweite: 32.295

👤 Martina Rathke

AKW LUBMIN ALS INDUSTRIEDENKMAL?

Sinnvoller Vorschlag

Den Block sechs des AKW Lubmin, zum Industriedenkmal zu machen und zu erhalten, ist grundsätzlich eine gute Sache. Der Block, komplett mit Atomtechnik russischer Bauart bestückt, kann dokumentieren, wie Strom aus der Spaltung von Atomkernen entstand und warum Deutschland entschied, die Technik nicht mehr nutzen zu wollen, meint OZ-Chefreporterin Martina Rathke.

Ein Gedankenspiel: Im Geschichtsunterricht im Jahr 2043 befassen sich Kinder mit der Energieversorgung in den 2020er Jahren. Atom- und Kohlekraftwerke gehören der Vergangenheit an. Windräder und Solarpaneele erzeugen - hoffentlich ausreichend - Strom. Und an Stelle der Atommeiler mit ihren prägnanten Kühltürmen oder hohen Abzügen stehen monolithische Betonbauten, die man Zwischenlager nennt - vollgepackt mit hochradioaktivem Abfall. Uroma wird alte Aufnahmen aus ihrem Digitalarchiv hervorkramen, die sie jugendlich frisch inmitten der letzten Anti-Atom-Proteste in den 2010er Jahren zeigen. Um ein echtes Atomkraftwerk zu sehen, müssen Kinder nach Frankreich oder Polen fahren - vorausgesetzt, Deutschland

steigt nicht wieder ein.

Den Block sechs des AKW Lubmin, zum Industriedenkmal zu machen und zu erhalten, ist daher grundsätzlich eine gute Sache. Der Block, komplett mit Atomtechnik russischer Bauart bestückt, kann dokumentieren, wie Strom aus der Spaltung von Atomkernen entstand und warum Deutschland entschied, die Technik nicht mehr nutzen zu wollen. Vielleicht finden die Kinder rückblickend die Entscheidung klug, vielleicht aber auch nicht. Aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen? Das wäre hier möglich. Der Bund als Rechtsnachfolger des AKW und das Land sollten sich überlegen, ob sie das wollen.



Bildunterschrift: *Rückbau des AKW Lubmin*

 energynewsmagazine.at | 18.10.2023

 WEBLINK

Ökostrom aus polnischer Kohle und französischer Kernkraft

Energiemarktreform. EU-Minister ringen um neue Regeln für Preise

Strompreis-Spitzen, die für die Bürger existenzbedrohend werden, Streit um Energiepreisdeckel und staatliche Hilfgelder: Seit der Gaskrise im Zuge des Ukraine-Krieges versucht die EU ihre Energieversorgung erstens gemeinsamer und zweitens krisenfester zu organisieren. Der europäische Strommarkt soll neu gestaltet werden. Doch die Verhandlungen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern sind in den vergangenen Monaten kaum vorangekommen. Wenn also am Dienstag die EU-Energieminister in Luxemburg zusammenkommen, geht es um die immer gleichen heiklen Details.

Ziel der Reform, wie sie die EU-Kommission entworfen hat, ist, längerfristige Verträge zwischen Erzeugern und Verbrauchern zu fördern. Dazu aber müssen die Erzeuger ein dramatisches Auf und Ab der Preise auf den Strommärkten überbrücken können. Vor allem die europäische Industrie soll sich so auf Energiekosten verlassen können, die ihre Konkurrenzfähigkeit sichern.

Differenz zahlt Staat

Sogenannte „Differenzverträge“ garantieren dem Erzeuger einen Mindestpreis. Wird der auf den Strommärkten unterschritten, zahlt der jeweilige EU-Staat die Differenz. Übersteigt der Preis einen definierten Wert, holt sich der Staat den Überschuss. Das System wurde vor allem mit Blick auf die erneuerbaren Energieträger, also Wind- und Solaranlagen, entworfen. Die Differenzverträge machen es den Energieerzeugern leichter, die riesigen Investitionen in die neuen Anlagen zu finanzieren und abzusichern.

Doch da die EU ja auch Atomkraft als erneuerbare Energie eingestuft hat, sollen auch Atomstrom-Produzenten in den Genuss dieser Verträge kommen. Vor allem Frankreich, das ja seine elektrische Energie immer noch zu fast 80 Prozent aus Atomstrom bezieht, drängt auf einen großzügigen Umgang mit seinen Nuklearanlagen. So soll auch die Umrüstung der großteils veralteten französischen AKW und der damit mögliche um Jahrzehnte längere Betrieb durch diese Verträge abgesichert werden können.

Eine Haltung, die Länder wie Deutschland, das ja aus der Atomenergie ausgestiegen ist, und Österreich ablehnen.

An der Seite Frankreichs aber hat in diesem Ringen um Details ein anderes Land klar Stellung bezogen: Polen.

Dort hängt die Stromversorgung nach wie vor zu 80 Prozent an der wohl umweltschädlichsten aller Energieformen: Kohle.

Polen hat nur sehr beschränkte Möglichkeiten, auf umweltfreundliche Energieproduktion umzusteigen. In Warschau sucht man also nach Möglichkeiten, um sprichwörtlich Zeit für den Kohleausstieg zu schinden. Auch die Technik des „Carbon Capturing“, also das entstehende, klimaschädigende Kohlendioxid aufzufangen und zu speichern, wird ins Spiel gebracht.

Die Kosten dafür könnten als klimafreundliche Umrüstung gewertet werden. Frankreich jedenfalls wirft da sein ganzes politisches Gewicht in die Waagschale. Wohin sich die zuletzt neigt, war auch unmittelbar vor dem Gipfeltreffen noch nicht klar. Die Atomkraft jedenfalls spaltet wieder einmal Europa – in Zeiten der Klimawende noch tiefer als zuvor.



 Berliner-Zeitung.de | 18.10.2023

 Sophie-Marie Schulz

 WEBLINK

Netzbetreiber: Gasreserven in Europa erreichen den höchsten Stand in der Geschichte

Die Gasreserven in Europa sind nach Angaben der Gas Infrastructure Europe (GIE) auf dem höchsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen. Wie lange noch?

Die gesamten Gasspeicher in Europa sind voll und erreichen aktuell den Höchststand seit Beginn der Aufzeichnungen. Das geht aus den Daten des Verbands der Gasinfrastrukturbetreiber in Europa, Gas Infrastructure Europe (GIE), hervor.

Die unterirdischen Gasspeicher der EU-Länder sind seit August zu über 90 Prozent gefüllt und aktuell (Stand Montag) sogar zu 97,98 Prozent ausgelastet, zeigen die Daten. Das entspricht rund 108 Milliarden Kubikmeter Erdgas und ist um 8,5 Prozent höher als der Durchschnitt der letzten fünf Jahre zu diesem Zeitpunkt. Bisher rechnete die EU-Kommission damit, einen Füllstand von über 90 Prozent erst im November zu erreichen.

Gas Infrastructure Europe: „Europa muss wachsam bleiben“

Können Verbraucher ihre Heizung in diesem Jahr aber ohne Bedenken aufdrehen? Auch wenn die Speicher gerade gut gefüllt sind, kann sich diese Lage schnell verändern. Eine drohende Energiekrise konnte im vergangenen Jahr zwar abgewendet werden. Der Markt ist jedoch weiterhin angespannt und erhält durch den Ukraine-Krieg sowie den Israel-Gaza-Konflikt neuen Auftrieb.

„Für Europa ist es jetzt von entscheidender Bedeutung, wachsam zu bleiben, da die Kombination aus sich wiederholenden Kältewellen, die mit neuen Versorgungsunterbrechungen zusammenfallen, die derzeitige Versorgung infrage stellen könnte“, kommentiert die Gas Infrastructure Europe auf Anfrage der Berliner Zeitung. Zu dem Krieg im Nahen Osten und seinen Auswirkungen auf die Gasversorgung wollte sich die GIE jedoch nicht äußern.

Gasspeicher in Deutschland zu 98,4 Prozent ge-

füllt

In Deutschland sind die insgesamt 47 Untertagegasspeicher nach Angaben der Bundesnetzagentur aktuell (Stand Dienstag) sogar zu 98,4 Prozent gefüllt, oder um 8,4 Prozent mehr als im letzten Jahr. Das entspricht 24 Milliarden Kubikmeter Erdgas, oder 250,7 Terawattstunden (TWh).

Doch auch wenn Deutschland die größten Gasspeicher in Europa hat, reichen sie je nach dem Wetter schätzungsweise für nur drei Monate und müssen immer wieder nachgefüllt werden. Denn Deutschland verbrauchte zuletzt 2022 rund 866 TWh Erdgas, das meiste davon während der Heizperiode vom 1. Oktober bis 31. März.

Der Gasverbrauch lag in Deutschland Anfang Oktober pro Tag im Schnitt bei 1438 Gigawattstunden, wie aktuelle Daten der Bundesnetzagentur zeigen. Das sind 37 Prozent weniger als im entsprechenden Zeitraum der Jahre 2018 bis 2021. Das liegt vor allem daran, dass die Temperaturen im Schnitt 3,4 Grad höher lagen. Nachdem Russland die Lieferungen über die Nord-Stream-Pipeline im letzten Sommer stoppte, kommen die Importe vor allem aus Norwegen (vor allem Pipeline-Gas), den Niederlanden und Belgien. Bedeutsame Mengen von Flüssigerdgas, oder LNG, kommen aus den USA.

Die Niederlande haben zum 1. Oktober die Förderung in der Provinz Groningen eingestellt – und damit Europas größtes Erdgasfeld geschlossen. Inzwischen fließt auch Gas aus den ersten deutschen LNG-Terminals in Wilhelmshaven, Lubmin und Brunsbüttel in das deutsche Netz. Weitere Terminals in Norddeutschland befinden sich aktuell noch im Bau und sollen im kommenden Winter ans Netz gehen.